

10.01.2017

## Presseerklärung zur Bertelsmann Studie: „Abschaffung der Beihilfe“

Die Bertelsmann Stiftung ist in einer neuen Studie zum Ergebnis gekommen, dass die Beihilfe der Beamten gestrichen werden sollte, um Bund und Länder steuerlich zu entlasten. Die Hamburger Lehrergewerkschaften (dlh) stellen hierzu fest, dass diese Vorschläge zurückzuweisen sind, da die Beihilfe bereits ein Sparmodell darstellt. Zudem müssen allein in Hamburg Beihilfeberechtigte jedes Jahr im Krankheitsfall 150 Euro als sogenannte Kostendämpfungspauschale selbst tragen. Die Beihilfe ist vergleichbar mit dem Arbeitgeberanteil an der gesetzlichen Krankenversicherung und wird ja nur im Krankheitsfall gezahlt. Insofern müsste im Falle einer gesetzlichen Pflichtversicherung für alle Beamten, der Arbeitgeberanteil vom Staat entrichtet werden (dies findet zur Zeit nicht statt) oder der Bruttolohn müsste um den Anteil steigen, um keine finanzielle Schlechterstellung der Beamten zu erzeugen! Beides würde zu steuerlichen Mehrbelastungen führen! Der Vorstand der Lehrergewerkschaften Hamburg fasst zusammen: Es ist bei diesem Vorschlag der gleiche unqualifizierte Aktionismus zu beobachten wie bei dem "Beamte sollen in die Rentenversicherung einzahlen"- beides wird nicht richtiger, auch wenn es immer wieder wiederholt wird!

Vorstand der Lehrergewerkschaften **dlh**

V.i.S.d.P.

Deutscher Lehrerverband Hamburg, Papenstraße 18, 22089 Hamburg, Tel. 255272, vorsitzender@dl-hamburg.de

